



Freie und Hansestadt Hamburg
Präses der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/5163

29. Dezember 2020

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme, zu diesem wichtigen Thema im Rahmen des Anhörungsverfahrens vor dem Innen- und Rechtsausschusses vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag Stellung.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Themen Nachhaltigkeit im Umgang mit Lebensmitteln und der Einsatz gegen Lebensmittelverschwendung verstärkt in den politischen Fokus gerückt werden.

Wir in Hamburg engagieren uns seit Jahren zu diesem Thema.

Hamburg hat sich bereits im Rahmen der Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister im Juni 2019 für eine Entkriminalisierung des „Containerns“ und der Lebensmittelverschwendung eingesetzt.

Im August 2019 übersandte Hamburg den Landesjustizverwaltungen darüber hinaus einen Vorschlag zur Ergänzung der RiStBV im Hinblick auf Fälle des Diebstahls in der Form des „Containerns“. Im Oktober 2020 wurde Hessen als für den zuständigen RiStBV-Ausschuss federführendes Land gebeten, den Hamburger Vorschlag im Rahmen einer aktuell laufenden

Abstimmungsrunde zur grundsätzlichen Überarbeitung der Richtlinien zu berücksichtigten und in die Tagesordnung des avisierten Beratungs- und Abstimmungstermins aufzunehmen.

Der Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg, sieht vor, dass sich der Senat für eine Entkriminalisierung des „Containerns“ einsetzen wird.

Ebenfalls 2019 hat Hamburg zusammen mit Bremen und Thüringen einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht (BR-Drs. 429/19), mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, eine gesetzliche Regelung vorzulegen, die Lebensmittelbetriebe des Handels ab einer bestimmten Größe dazu verpflichtet, sichere aber nicht mehr handelsfähige Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen zu spenden.

Darüber hinaus engagiert sich Hamburg auf breiter Front gegen Lebensmittelverschwendung. Auch wir sind im Bund-Länder-Gremium gegen Lebensmittelverschwendung aktiv. Der geplante Vorstoß, prüfen zu lassen, inwieweit die Haftungsrisiken bei der Weitergabe von aussortierten, nicht verkauften Lebensmitteln an Dritte begrenzt und dadurch Tafelkonzepte unterstützt sowie weitere Anreize für den Handel geschaffen werden können, solche Lebensmittel an Dritte abzugeben, wird auch von Hamburg aktiv unterstützt werden. Gerne stehen wir auch für eine abgestimmte Initiative zur Verfügung. Das Problem der Haftung bei der Weitergabe von Lebensmitteln ist eines der Kernelemente, die geklärt werden müssen, um auch im Sinne des Verbraucherschutzes Rechtssicherheit und ein hohes Schutzniveau für alle Beteiligten zu schaffen.

Im Hinblick auf Lebensmittelspenden an die Tafeln geht Hamburg auf verschiedenen Wegen voran.

Im Rahmen einer gemeinsamen Initiative mit der Hamburger Tafel e.V. und beteiligten Reedereien haben wir es möglich gemacht, dass nicht-tierische Lebensmittel, die zur Verwendung auf Kreuzfahrtschiffen vorgesehen waren, nicht vernichtet werden müssen, sondern an die Tafeln gespendet werden können. Mehrere Spenden konnten dieses Jahr trotz der coronabedingten Einschränkungen durchgeführt werden. Wir freuen uns, dass wir auch die Kieler Behörden bei solchen Spenden unterstützen konnten. Eine Kooperationsvereinbarung mit der Hamburger Tafel und mehreren Reedereien und Hamburg Cruise Net wird in Kürze unterzeichnet werden.

Darüber hinaus möchten wir die Kooperation zwischen Lebensmittelunternehmen und der Hamburger Tafel erweitern und vertiefen und so einen weiteren Beitrag gegen Lebensmittelverschwendung leisten. Mit neuem Konzept haben wir zum Runden Tisch gegen Lebensmittelverschwendung eingeladen. Auch hier werden wir eine Vereinbarung zur besseren Kooperation schließen und sichtbar machen.

Wie wir uns auch im Koalitionsvertrag bekannt haben, werden wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass kein noch verwertbares Lebensmittel mehr weggeworfen werden muss. Damit leisten wir unseren Beitrag für mehr Wertschätzung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Insofern begrüße ich ausdrücklich jede Initiative, die uns auf diesem gemeinsamen Weg weiterbringt.

Mit freundlichen Grüßen


Anna Gallina